

Ein hohes Niveau des Parteilebens fördert die kämpferische politische Massenarbeit

Von Werner Scholz, Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED und Chefredakteur der Zeitschrift „Neuer Weg“

In den Parteiorganisationen aller Bereiche, mit den Bürgern in Stadt und Land ist die weitere Auswertung der 7. Tagung des ZK im Gange. Untrennbar damit verbunden werden die Aufgaben festgelegt, die auf dem Weg zum XII. Parteitag der SED zu erfüllen sind. Auf diesem Weg liegen die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, liegt das Pfingsttreffen der FDJ in Berlin. Und ein übergreifender gesellschaftlicher Höhepunkt ist der 40. Jahrestag der Gründung der DDR.

Eine wichtige Schlußfolgerung aus der 7. Tagung des ZK für alle Parteiorganisationen und damit auch für die Zeitschrift „Neuer Weg“ lautet, alle Möglichkeiten von Agitation und Propaganda in den Dienst der Offensive der Ideen des Sozialismus und des Friedens zu stellen.

Welche ideologischen Fragen erfordern dabei besonderes Augenmerk?

Sozialismus stärken - Frieden sichern

Im Zentrum des Wirkens der Partei steht, alles für die Gewährleistung des Friedens in der Welt und die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu tun. Genosse Erich Honecker stellte auf der 7. Tagung des ZK fest, daß das Weltgeschehen sehr bewegt verläuft. Auf die Menschen stürmen oftmals widersprüchliche Ereignisse ein. Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus nimmt an Schärfe zu, und für die Sicherung des Friedens gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren.

Daran knüpfen die Genossen im politischen Gespräch an, und sie rufen den Menschen ins Bewußtsein, daß es zu den großartigen Leistungen unseres Landes gehört, an der Seite der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft stets konstruktiv und initiativreich zur Gesundung der internationalen Situation beigetragen zu haben. Die DDR war und ist stets dem Grundsatz verpflichtet: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen.

Im Zusammenhang damit gilt es jene Kräfte zu entlarven, die sich der Umkehr von der Konfrontation zur Entspannung widersetzen. Es handelt sich um die imperialistischen Kräfte, die auf die Maximalprofite, die sie aus der Aufrüstung beziehen, nicht

verzichten wollen, und jene Ewiggestrigen, die die in der Nachkriegsentwicklung in Europa gezogenen Grenzen verändern wollen. Zu ihnen gehören auch maßgebliche Vertreter der Bonner Regierungskoalition. Sie betreiben eine zwiespältige Politik. In Worten bekennen sie sich zur Abrüstung und Entspannung. Mit ihren Taten betreiben sie die Modernisierung der Rüstungen und mischen sich anmaßend mit Belehrungen und Ratschlägen in die inneren Angelegenheiten der DDR ein.

In der Volksaussprache in Vorbereitung der Kommunalwahlen und des 40. Jahrestages der DDR nutzen die Parteiorganisationen die Bilanz des Erreichten. Zurückschauend auf 40 Jahre DDR kann im politischen Gespräch mit Fug und Recht gesagt werden: Unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse entstand ein Staat, in dem die grundlegenden Menschenrechte für alle Bürger selbstverständliche Realität sind. Dafür sind Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, demokratische Mitwirkung in Staat und Wirtschaft, freier Zugang zur Bildung und vieles andere mehr der Beweis. Und es ist sicher notwendig, darauf zu verweisen, daß die erfolgreiche Entwicklung in der DDR vollzogen werden konnte, weil konsequent nach den Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus bei Beachtung der nationalen Bedingungen gehandelt wurde.

Aber nicht nur die DDR begeht ihr Staatsjubiläum. In diesem Jahr wird auch die BRD 40 Jahre alt. Bilanz der erfolgreichen Entwicklung der DDR zu ziehen, das verlangt den historischen Vergleich. Dieser Vergleich fällt eindeutig zugunsten der DDR aus. In der Bundesrepublik ist die politische Macht nicht in den Händen der werktätigen Klasse, dort regiert das Monopolkapital. Daraus resultiert eine Politik, die sich gegen die Interessen der arbeitenden Menschen richtet.

In der BRD hat das Staatsvolk wenig Grund, den 40. Jahrestag dieses Staates feierlich zu begehen. Das sind auf jeden Fall die 4 Millionen Arbeitslosen und ihre Familienangehörigen als Mitbetroffene, die über 100000 Obdachlosen, die Opfer der Berufsverbote, die gerichtlich verfolgten und verurteilten Raketengegner, die infolge der unsozialen Verhältnisse in die Armut gestoßenen Menschen.

Ein Grundsatz der Arbeit mit der Bilanz, den wir